

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 21.09.2006 im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Landrat Gerd Wiesmann

Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken	
Hartmut Ahold	Bocholt	
Eckart Ballenthin	Stadtlohn	
Bernd Bense	Schöppingen	
Hubert Bestert	Südlohn	
Barbara Büscher	Stadtlohn	
Karlheinz Busen	Gronau	bis TOP 11.3
Heidi Buskase	Gronau	bis TOP 12.3
Roman Cebaus	Stadtlohn	
Angelika Dannenbaum	Ahaus	
Dietmar Eisele	Ahaus	
Manfred Epping	Schöppingen	
Magdalene Garvert	Rhede	
Veronika Giesing	Isselburg	
Hermann Horstick	Gescher	
Hans Hund	Bocholt	
Irmgard Kerkhoff	Rhede	
Johannes Kisfeld	Stadtlohn	
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	
Berthold Langehaneberg	Legden	
Paul Lensing	Borken	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Gerhard Ludwig	Borken	
Johannes Maus	Velen	
Klaus Meyermann	Bocholt	
Stephanie Pohl	Gescher	
Gerhard Preister	Gronau	bis TOP 11.3
Uta Röhrmann	Bocholt	
Maja Saatkamp	Borken	
Bernd Schlippsing	Vreden	
Martin Schmitz	Gescher	
Rudolf-Josef Schmitz	Heek	bis TOP 11.3
Werner Schnappenberger	Borken	
Bernd Schöning	Stadtlohn	
Markus Schulte	Gronau	
Ursula Schulte	Vreden	
Friedel Sebastian	Raesfeld	

Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Gertrud Söbbing-Krumkamp	Ahaus	
Silke Sommers	Bocholt	
Winfried Sperlbaum	Borken	
Jens Steiner	Heek	bis TOP 11.5
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Gerti Tanjsek	Bocholt	
Gerhard Temminghoff	Vreden	
Richard Temminghoff	Raesfeld	
Heinz-Josef Tönnies	Heiden	
Bernhard Völkering	Gronau	bis TOP 12.3
Clemens Voß	Schöppingen	
Gabriele Wahle	Ahaus	
Heinrich Weddeling	Südlohn	
Friedhelm Weikamp	Rhede	
Holger Weiß	Bocholt	
Gertrud Welper	Vreden	
Ursula Zurhausen	Borken	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
Wilfried Kersting
Burkhard Venhues
Kirsten Tenspolde

Es fehlen entschuldigt:

Hans-Georg Fischer	Ahaus
Gerhard Gleis-Preister	Gronau
Markus Jasper	Heek
Josef Osterhues	Ahaus
Hans Theo Peschkes	Bocholt

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Gerd Wiesmann eröffnet um 17:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil**Punkt 1: Einwohnerfragestunde**

Berichterstatter: Landrat Gerd Wiesmann

Landrat Gerd Wiesmann informiert, es lägen vier Einwohnerfragen vor. Die Einwohnerfragen der Eheleute van Dorp und der Eheleute Bruijne von der Streitgenossenschaft Klostersee betreffen Geschäftsinterna der Sparkasse Westmünsterland. Einwohnerfragen seien jedoch nur zu Angelegenheiten des Kreises Borken zulässig, so dass auf diese Fragen nicht eingegangen werden könne. Des Weiteren sei die dritte Einwohnerfrage zurückgezogen worden. Die vierte Einwohnerfrage habe Helma Benke im Namen des Flüchtlingsrates Kreis Borken e.V. gestellt.

Frau Benke verliest die Fragen, die im Einzelnen von Landrat Gerd Wiesmann beantwortet werden (**s. Anlage 1 zur Niederschrift**).

Punkt 2: Beitritt der Stadt Bocholt zum Gesellschafterkreis der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mbH
Vorlage: 0213/2006

Berichterstatter: Landrat Gerd Wiesmann

Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreistagsabgeordnete Saatkamp bittet darum, in dem in § 9 des Gesellschaftsvertrages genannten Jahresabschluss sowie im Wirtschaftsplan eine nach Geschlechtern aufgeschlüsselte Darstellung der Kosten vorzunehmen. Außerdem bitte sie darum, in Abstimmung mit der Gleichstellungsbeauftragten zu prüfen, ob im Vertrag eine geschlechtergerechte Sprache verwendet werden könne.

Landrat Gerd Wiesmann bezweifelt, ob eine Aufschlüsselung der Kosten möglich sei und stellt den Nutzen eines solchen Vorgehens in Frage. Als Kompromiss schlägt er vor, im Geschäftsbericht über frauenspezifische Aktivitäten zu berichten. Kreistagsabgeordnete Saatkamp äußert ihr Einverständnis mit dieser Vorgehensweise.

Auf Anfrage der Kreistagsabgeordneten Saatkamp antwortet Landrat Gerd Wiesmann, das in § 16 Absatz 5 des Vertrages aufgeführte entsendende Gremium sei der Kreistag, an dessen Beschlüsse die Kreistagsabgeordneten im Aufsichtsrat gebunden seien.

Beschluss: einstimmig

Die Vertreter des Kreises Borken in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mbH werden ermächtigt, folgende Beschlüsse mitzutragen:

1. Dem Beitritt der Stadt Bocholt zum Kreis der Gesellschafter im Rahmen einer Kapitalerhöhung mit einem Stammkapitalanteil von 7.400 EUR wird zugestimmt.

2. Der Erhöhung des Stammkapitals auf 75.400 EUR und der Erhöhung der Stammeinlage des Kreises Borken auf 37.700 EUR wird zugestimmt.
3. Der Änderung des Gesellschaftsvertrages auf Grund des Beitritts der Stadt Bocholt und den Anpassungen an die Gemeindeordnung wird zugestimmt.

Punkt 3: Wahrnehmung der Aufgaben der Regionalstelle Frau und Wirtschaft

- **Vorlage: 0155/2006**
 - **Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 07.09.2006**
Vorlage: 0226/2006
 - **Antrag der SPD-Fraktion vom 03.09.2006**
Vorlage: 0218/2006
-

Berichterstatter: Landrat Gerd Wiesmann

Kreistagsabgeordneter Schmitz, Rudolf-Josef, bedauert den Wegfall der Landesförderung, betont jedoch, dass der Kreis nicht Ausfallbürge für das Land sein könne. Durch das Konzept der Verwaltung würden die Aufgaben der Regionalstelle weitergeführt, wenn auch nicht im bisherigen Umfang. Nach einem halben Jahr solle die Verwaltung berichten, ob die Aufstockung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten um einen Anteil von 0,1 für die teilweise Übernahme der Aufgaben ausreichend sei.

Kreistagsabgeordnete Saatkamp betont, mit dem Wegfall der Regionalstelle gebe es keine unabhängige frauenspezifische Beratung mehr. Mit der Aufstockung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten auf nur 32 Wochenstunden sei ein Ersatz für die Regionalstelle nicht leistbar. Die Vorlage gebe vorhandene Strukturen wieder, setze jedoch keine neuen Impulse. Die Vorreiterrolle der Regionalstelle falle weg. Sie halte den Erhalt einer gut funktionierenden Stelle und der vorhandenen Fachkompetenz für erforderlich.

Kreistagsabgeordneter Voß unterstreicht, schon allein die bisherige 70%ige Landesförderung zeige, wie hoch die Arbeit der Regionalstelle geschätzt werde. Der Kreis bemühe sich, die Aufgaben insbesondere durch die Gleichstellungsbeauftragte aufzufangen. Auch die Tatsache, dass der Kreis nicht für alle wegfallenden finanziellen Unterstützungen aufkommen könne, sprächen für die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise.

Kreistagsabgeordneter Schmitz, Martin, schließt sich dem an und schlägt vor, im Rahmen des vom Kreistagsabgeordneten Schmitz, Rudolf-Josef, angeregten Berichtes auch darauf einzugehen, ob es Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Kreisen gebe.

Kreistagsabgeordnete Röhrmann kritisiert, das Konzept der Verwaltung sei in keiner Weise ein ausreichender Ersatz für die Leistungen der Beratungsstelle. Die Abschaffung der Regionalstelle stelle einen nicht auffangbaren Rückschlag für die Frauen dar. Der Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten, die der Vorlage beigelegt sei, schließe sich die SPD-Fraktion vollinhaltlich an und fordere den Erhalt der Regionalstelle.

Kreistagsabgeordnete Kerkhoff weist darauf hin, das Land plane die bisher eingesetzten Mittel an anderer Stelle für Modellmaßnahmen und innovative Maßnahmen für Frauen, insbesondere Migrantinnen, einzusetzen. Sie bitte daher die Verwaltung, die Institutionen im Kreis zu ermutigen, diese Mittel zu beantragen und damit neue Projekte zu initiieren.

Kreistagsabgeordnete Schulte macht deutlich, hier würden vorhandene gute Strukturen zerstört. Die Verteilung der Aufgaben auf viele Schultern habe zur Folge, dass Zuständigkeiten unklar blieben und daher Aufgaben unzureichend wahrgenommen würden.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, zunächst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, dann über den Antrag der SPD-Fraktion und abschließend über die Verwaltungsvorlage abzustimmen.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 07.09.2006:

Beschluss: 5 Ja-Stimmen
41 Nein-Stimmen
11 Enthaltungen

Der Aufgabenbereich und die Fachkompetenz der Regionalstelle Frau und Wirtschaft soll erhalten bleiben.

Wir fordern die Verwaltung auf, das Konzept „Wahrnehmung der Aufgaben der Regionalstelle“ zu überarbeiten.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag der SPD-Fraktion vom 03.09.2006

Beschluss: 13 Ja-Stimmen
41 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

1. Die Sachausgaben der Gleichstellungsbeauftragten werden nicht erhöht.
2. Der Stellenumfang der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Borken wird nicht angehoben.
3. Die bisher für die Regionalstelle aufgewendeten Mittel in Höhe von 37.500 Euro werden so aufgestockt, dass wenigstens eine Stelle erhalten werden kann.
4. Über den Standort und die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte entscheidet der AK Gleichstellung. Der Standort sollte so gewählt werden, dass keine Mietkosten entstehen (Kreishaus, BBS, WFG).

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschlussvorlage 0155/2006

Beschluss: 41 Ja-Stimmen
16 Nein-Stimmen

Aufgrund der wegfallenden Landesförderung von 70% der Kosten wird die Regionalstelle Frau und Wirtschaft in Gronau ab 2007 nicht weitergeführt.

Der dargestellten künftigen Förderung beruflicher Gleichstellung von Frau und Mann wird – soweit vom Kreis Borken beeinflussbar – zugestimmt.

**Punkt 4: Entwurf der Änderung des Landschaftsplanes "Rekener Berge"
Beschluss über die öffentliche Auslegung
Vorlage: 0161/2006**

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Beschluss: einstimmig

Der Änderungsentwurf des Landschaftsplanes „Rekener Berge“ wird in der Zeit vom 01.11.2006 bis 01.12.2006 öffentlich ausgelegt (§§ 26 c und 29 LG NW).

- Punkt 5: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung**
hier: Bereitstellung von Kreismitteln zur Sicherstellung der Leistungen zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen nach dem SGB II
- **Vorlage: 0172/2006**
 - **Vorlage: 0154/2006**
-

Berichterstatter: Landrat Gerd Wiesmann

Beschluss: einstimmig

Der vom Landrat gemeinsam mit zwei Kreisausschussmitgliedern am 30.06.2006 gefasste Dringlichkeitsbeschluss,

zur Finanzierung der Eingliederungsleistungen für Langzeitarbeitslose nach dem SGB II ab dem 01.07.2006 für 3 Monate Finanzmittel in Höhe von 0,95 Mio. € zur Verfügung zu stellen,

wird genehmigt.

- Punkt 6: Änderung der Hauptsatzung des Kreises Borken**
- **Vorlage: 0214/2006**
 - **Vorlage: 0187/2006 und 0188/2006, 0190/2006 bis 0198/2006**
-

Berichterstatter: Landrat Gerd Wiesmann

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, über die in der Anlage zur Sitzungsvorlage aufgeführten Änderungen zur Hauptsatzung und Geschäftsordnung getrennt abzustimmen.

Beschluss: einstimmig

Die in der **Anlage 2 zur Niederschrift** aufgeführten Änderungen der Hauptsatzung des Kreises Borken werden beschlossen. Die Änderungen treten am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt des Kreises Borken in Kraft.

Beschluss: einstimmig

Die in der **Anlage 2 zur Niederschrift** aufgeführten Änderungen der Geschäftsordnung des Kreises Borken einschließlich der Änderung in § 27 („Der bisherige Absatz 7 wird zum neuen Absatz 2 Buchstabe e“) werden beschlossen.

- Punkt 7: Einrichtung einer kommunalen Härtefallkommission**
Vorlage: 0209/2006
-

Berichterstatter: Fraktionsvorsitzende Gertrud Welper

Kreistagsabgeordneter Epping macht deutlich, die rechtlichen Bedenken der Verwaltung gegen die Einrichtung einer kommunalen Härtefallkommission seien nicht nachvollziehbar. Eine solche Kommission könne dazu beitragen, eine höhere Akzeptanz für Entscheidungen der Ausländerbehörde zu erzielen. In anderen Kreisen würden die Ermessensspielräume öfter zugunsten der Betroffenen genutzt. Der Beschlusstext sei im ersten Satz folgendermaßen abzuändern: „Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, die Einrichtung einer kommunalen Härtefallkommission im Rahmen der folgenden Satzung vorzunehmen.“

Landrat Gerd Wiesmann unterstreicht, Einzelfälle könnten in der Kommission aufgrund des Datenschutzes nicht diskutiert werden. Der Vorwurf, andere Behörden würden ihre Ermessensspielräume großzügiger nutzen, werde auch den Behörden gemacht, die hier als positives Beispiel genannt würden.

Kreistagsabgeordneter Schmitz, Martin, hebt hervor, eine kommunale Härtefallkommission habe keine weiteren Einflussmöglichkeiten als die Härtefallkommission des Landes. Durch ihre Einrichtung würden lediglich nicht erfüllbare Wünsche geweckt. Die Flüchtlingsverbände sollten das Gesprächsangebot des Landrats (s. TOP 1) annehmen.

Beschluss: 15 Ja-Stimmen
42 Nein-Stimmen

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, die Einrichtung einer kommunalen Härtefallkommission im Rahmen der folgenden Satzung vorzunehmen. (*Satzungstext siehe Vorlage 0209/2006*)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Punkt 8: Abschiebestopp für Personen, die von einer möglichen Altfallregelung profitieren könnten
Antrag der SPD-Fraktion vom 03.09.2006
Vorlage: 0217/2006

Berichterstatter: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Kreistagsabgeordneter Schmitz, Martin, erklärt, es sei noch gar nicht klar, wer von einer Altfallregelung profitieren werde. Sofern der Kreistag einen Abschiebestopp beschlösse, müsse die Bezirksregierung diesen rechtswidrigen Beschluss beanstanden. Die Rechtslage sei eindeutig.

Landrat Gerd Wiesmann informiert, das Innenministerium des Landes NRW habe seine Anfrage vom 06.09.2006, ob von dort ein Abschiebestopp verfügt werde oder es dem Kreis möglich sei, einen solchen auszusprechen, inzwischen verneint.

Beschluss: 15 Ja-Stimmen
41 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Der Kreistag Borken beschließt, dass aus dem Kreis Borken keine Flüchtlinge mehr abgeschoben werden, die von einer möglichen Altfallregelung profitieren könnten.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Punkt 9: Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft auf kommunalen Flächen im Kreis Borken
Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 30.08.2006
Vorlage: 0210/2006

Berichterstatter: Fraktionsvorsitzende Gertrud Welper

Kreistagsabgeordnete Welper gibt zu bedenken, die Agrogentechnik sei eine noch recht neue Technologie, deren Risiken ungewiss seien. Außer in Spanien gebe es in Europa bis-

Der Umbesetzung des 2. Stellvertreters im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung wird zugestimmt:

Ausscheidendes Mitglied:

Bernd Knümann
Dorfkamp 11a
48734 Reken

Neues Mitglied:

Klaus Schaefer
Lookamp 15
48712 Gescher

Punkt 10.2: Antrag der SPD-Fraktion vom 03.09.2006
Vorlage: 0216/2006

Berichterstatter: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Beschluss: einstimmig

Der Benennung von zwei weiteren stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit wird zugestimmt:

Frau Elisabeth Lindenhahn
Frau Karin Mikosch -Eimann

Punkt 10.3: Antrag der SPD-Fraktion vom 03.09.2006
Vorlage: 0215/2006

Berichterstatter: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Beschluss: einstimmig

Umbesetzung im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mbH:

Herr Hans Theo Peschkes scheidet aus.
Neues Mitglied wird Herr Friedhelm Weikamp.

Frau Elisabeth Lindenhahn scheidet als stellvertretendes Mitglied aus.
Neues stellvertretendes Mitglied wird Frau Heidi Buskase.

Punkt 10.4: Antrag der SPD-Fraktion vom 10.09.2006
Vorlage: 0234/2006

Berichterstatter: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Beschluss: einstimmig

Herr Friedhelm Weikamp scheidet als ordentliches Mitglied im Zweckverband SPNV aus.
Frau Elisabeth Lindenhahn wird neues ordentliches Mitglied.

Frau Elisabeth Lindenhahn scheidet als stellvertr. Mitglied im Zweckverband SPNV aus, neues stellvertr. Mitglied wird Herr Friedhelm Weikamp.

Punkt 11: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 11.1: Ausbildungsplätze im Kreis Borken

Kreisdirektor Werner Haßenkamp berichtet, das Berufsberatungsjahr ende erst mit Ablauf des Septembers. Tendenziell lasse sich bereits jetzt sagen, dass die Zahl der Bewerber gleich bleibe, während die Zahl der Ausbildungsstellen um ca. 4 % zunehme. Die Kreishandwerkerschaft verzeichne jetzt schon 5 % mehr Ausbildungsverträge. Mit 191 offenen Stellen gebe es mehr als im Vorjahr. Die Aufnahmezahl an den Berufskollegs liege auf dem Niveau des Vorjahres. Wahrscheinlich sei jedoch, dass eine größere Anzahl „Unversorgter“ übrig bleibe als 2005. Diese Gruppe setze sich überwiegend aus erfolglosen „Altbewerbern“ und Jugendlichen mit erheblichen Defiziten zusammen. Zunächst müssten jedoch die genauen Zahlen abgewartet und dann der Handlungsbedarf geklärt werden.

Punkt 11.2: Bündnis für Familie

Kreisdirektor Werner Haßenkamp berichtet, zur Vorbereitung eines Bündnisses für Familie sei erhoben worden, welche Angebote für Eltern, Jugendliche und Familien im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes bereits existieren. Die Ergebnisse würden den Familien in einem „Familienratgeber“ zur Verfügung gestellt werden. Dieser werde in Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugendhilfe in den Arbeitsgemeinschaften erstellt. Gleichzeitig könnten dadurch mögliche Angebotslücken aufgefunden werden. Im Frühjahr könne mit einer Eröffnungsveranstaltung für das Bündnis für Familie gerechnet werden.

Punkt 11.3: Finanzielle Auswirkungen des Landeshaushaltes auf den Kreis Borken

Kreisdirektor Werner Haßenkamp informiert, seit dem 01.09.2006 liege die erste Modellrechnung zum Finanzausgleich 2007 vor. Demnach stiegen die allgemeinen Zuweisungen sowie die eigenen Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden um 7 %. Dadurch sei mit Mehreinnahmen von 9 Mio. Euro über die Kreisumlage zu rechnen. Die Schlüsselzuweisungen würden sich um 3,9 Mio. Euro erhöhen. Die höheren Umlagegrundlagen des Kreises führten bei gleichem Hebesatz der Landschaftsverbandsumlage zu Mehrausgaben von 4,7 Mio. Euro. Netto verbliebe dem Kreis bei Berücksichtigung aller Faktoren ein Plus von 8,4 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr. Entsprechende Effekte könne auch die Jugendamtsumlage vorweisen. Bei gleichem Hebesatz werde hier mit Mehreinnahmen von 2,1 Mio. Euro gerechnet. Positiv auf die Zahlen habe sich der Anstieg des allgemeinen Steueraufkommens, wie auch der Abschluss der Rückzahlung der kreditierten Mittel an das Land ausgewirkt. Allerdings werde die im Finanzausgleich zu verteilende Masse um einen Anteil des Grunderwerbssteueraufkommens verringert, den das Land für sich beanspruche. Insgesamt erreiche die vom Steuerverbund zu verteilende Masse noch nicht einmal das Niveau von 2005, das schon deutlich hinter dem Niveau der Vorjahre gelegen habe.

Punkt 11.4: Interkommunaler Bauhof

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues berichtet, die Gespräche mit den Kommunen hätten ergeben, dass die Stadt Gescher einer Kooperation ohne Einschränkungen zustimme, während Stadtlohn eine Mischlösung anstrebe, bei der der handwerkliche Tätigkeitsbereich bei

der Stadt Stadtlohn verbleibe. Mit der Gemeinde Velen befinde man sich noch in Verhandlung. Die betroffenen Beschäftigten bei den Bauhöfen würden beteiligt. Das DRK warte für eine endgültige Zusage lediglich auf die Zusage der entsprechenden Fördermittel, die für Anfang Januar 2007 erwartet werde. Im Übrigen habe sich die Gemeindeprüfungsanstalt NRW bei der Prüfung der Kreisverwaltung positiv zu der Einrichtung eines interkommunalen Bauhofes geäußert.

Punkt 11.5: Radweg an der K 18

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues informiert, der Kreis habe eine Förderung des Vorhabens nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz beantragt. Die Entscheidung sei frühestens im November zu erwarten. Sollte es einen abschlägigen Bescheid geben, bliebe nur der kommunal finanzierte Radwegebau mit einer finanziellen Beteiligung der Städte Ahaus und Vreden.

Punkt 11.6: Prüfung der Kreisverwaltung durch die Gemeindeprüfungsanstalt

Landrat Gerd Wiesmann informiert, die Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt beim Kreis sei abgeschlossen. Die Ergebnisse seien im Beisein der Presse, der Fraktionsvorsitzenden und des Sprechers der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister und Beigeordneten im Kreis Borken vorgestellt worden. Der Kreis Borken habe eine sehr positive Beurteilung erhalten und befinde sich in der Spitzengruppe der Kreise. Sobald der Bericht schriftlich vorliege, würden die Einzelbereiche in den Fachausschüssen vorgestellt und diskutiert werden.

Punkt 11.7: REGIONALE - geplante Bewerbung der Kreise Borken und Coesfeld

Landrat Gerd Wiesmann informiert, der Kreis Borken wolle sich um die REGIONALE 2013 oder 2016 bewerben. Mit diesem Anliegen sei man vor wenigen Wochen an den Kreis Coesfeld herangetreten und auf durchweg positives Interesse gestoßen. Ein vom Kreis Borken im Rahmen des INTERREG IIIC-Projektes MENT beauftragtes Planungsbüro habe erste methodische und inhaltliche Vorschläge unterbreitet. Es seien Themen rund um die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes und seiner Wirtschaft, der beruflichen Qualifizierung oder der Energieversorgung vorgeschlagen worden. Ein aus jeweils zwei Mitarbeitern der beiden Kreise Borken und Coesfeld und aus insgesamt vier Bürgermeistern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden beider Kreise gebildetes Kernteam habe diese inhaltlichen und methodischen Vorschläge aufgegriffen und entwickle sie weiter. Eine Bewerbung müsse bis zum Frühjahr 2007 vorbereitet werden. Ein Teil der bisherigen Kosten werde über das Projekt MENT finanziert. Darüber hinaus würden Bewerbungskosten von ca. 15.000 Euro je Kreis geschätzt. Für den Fall, dass die Kreise Coesfeld und Borken keinen Zuschlag für die REGIONALE erhalten sollten, könnten die aus dem Bewerbungsverfahren gewonnenen Erkenntnisse und Kontakte für Projekte im Rahmen der Bewerbung um EU-Fördergelder genutzt werden.

Punkt 12: Anfragen

Punkt 12.1: Einwohnerfragestunde - hier: Anfrage der Streitgenossenschaft Klostersee
Anfrage der UWG-Fraktion vom 20.09.2006
Vorlage: 0237/2006

Kreistagsabgeordneter Sperlbaum greift die nicht behandelten Einwohnerfragen der Streitgenossenschaft Klostersee auf und bittet alle Gremienmitglieder, sich dafür einzusetzen, dass die streitenden Parteien zur inhaltlichen Diskussion zurückfinden.

Punkt 12.2: Prüfung der Kreisverwaltung durch die Gemeindeprüfungsanstalt

Auf Anfrage des Kreistagsabgeordneten Tönnes macht Landrat Gerd Wiesmann deutlich, die Gemeindeprüfungsanstalt habe von vornherein klar gemacht, dass die Prüfung unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt werde. Dass die Hilfen im Jugendbereich nicht ausschließlich wirtschaftlich betrachtet werden könnten, sei allen bewusst. Die von der Prüfungsanstalt aufgezeigten Einsparpotentiale verdeutlichten erst einmal nur, wo der Kreis Borken mehr als gesetzlich verpflichtend ausbebe. Dies zeige die hiesigen politischen Schwerpunkte auf. Beispielsweise bei einem Haushaltssicherungskonzept würden diese freiwilligen Ausgaben auf den Prüfstand kommen. Im Übrigen würden die Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt in den Fachausschüssen diskutiert, in denen dann auch entschieden werde, ob diesen gefolgt werde oder nicht.

Auf Anfrage der Kreistagsabgeordneten Kerkhoff sagt Landrat Gerd Wiesmann zu, den Kreistagsabgeordneten die Zusammenfassung des Berichts der Gemeindeprüfungsanstalt zukommen zu lassen, sobald dieser vorliege.

Punkt 12.3: BZA in Ahaus

Kreistagsabgeordnete Welper erkundigt sich, inwieweit kürzlich anmeldepflichtige bzw. polizeibegleitete Schwertransporte in das BZA in Ahaus stattgefunden hätten.

Landrat Gerd Wiesmann sagt eine Beantwortung zu.

Antwort der Verwaltung:

Im September 2006 haben Transporte von fabrikneuen, leeren Castorbehältern in das BZA stattgefunden. Diese waren weder anmelde- noch polizeilich geleitschutzpflichtig. Gleichwohl hat in der Nacht vom 13. auf den 14.09.2006 ein Streifenwagen der Polizeiwache Ahaus einen Schwertransport mit einem leeren Castorbehälter von der Anschlussstelle Ahaus-Legden der A 31 bis zum BZA begleitet.

Punkt 12.4: Zeitungsbericht über Brandanschlag vom 18.09.06

Auf Anfrage der Kreistagsabgeordneten Welper berichtet Landrat Gerd Wiesmann, drei junge Leute hätten einen Brandanschlag auf ein Privatauto eines Polizisten verübt. Dieser Polizist habe im Vorfeld bereits mehrfach eingegriffen, als die jungen Leute randaliert hätten. Alle drei Personen seien der Polizei im Zusammenhang mit rechtsradikalen Aktivitäten bekannt. Vor diesem Hintergrund sei von der Presse ein rechtsradikaler Racheakt vermutet worden, obwohl es sich bei dem Anschlag „nur“ um eine Rache für das Eingreifen durch den Polizisten gehandelt habe. Die drei Täter seien umgehend gefasst worden. Ein rechtsradikaler Hintergrund könne definitiv ausgeschlossen werden.

Punkt 12.5: Runder Tisch "Soziale Gerechtigkeit"

Auf Anfrage des Kreistagsabgeordneten Eisele antwortet Landrat Gerd Wiesmann, ein Termin für einen Runden Tisch „Soziale Gerechtigkeit“ werde momentan mit Herrn Benedikt Kemper vom Bildungswerk der KAB im Bistum Münster abgestimmt.

Punkt 12.6: Gentechnik -Anbauflächen im Kreis Borken

Auf Anfrage der Kreistagsabgeordneten Seidensticker-Beining führt Landrat Gerd Wiesmann aus, Flächen, auf denen genmanipulierte Produkte angebaut würden, müssten beim Ministerium für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit angezeigt werden und würden in einem Standortregister im Internet veröffentlicht. Im Kreis Borken gebe es demnach nur die bekannte Fläche in Borkenwirthe.

Punkt 12.7: Fachärztliche Versorgung im Kreis Borken

Kreistagsabgeordneter Temminghoff, Richard, erkundigt sich nach der fachärztlichen Versorgung im Kreis Borken. In Bocholt stelle sich die Lage z.B. bei Kardiologen so dar, dass man 8 Monate auf einen Behandlungstermin warten müsse.

Landrat Gerd Wiesmann sagt eine Beantwortung zu.

Antwort der Verwaltung:

Die Niederlassungsfreiheit der Ärzte und Psychotherapeuten ist durch das Gesundheitsstrukturgesetz eingeschränkt. Demnach ist die Berufsausübung als Vertragspsychotherapeut oder -arzt in freier Praxis nur in solchen Gebieten möglich, die nicht wegen Überversorgung gesperrt sind. Die regionalen Bedarfspläne werden von der kassenärztlichen Vereinigung Dortmund erstellt. Der Kreis Borken hat auf diese Verteilung keinen Einfluss. Für den Kreis Borken gibt es lediglich freie Plätze für Hausärzte und Psychotherapeuten. Alle anderen Fachgebiete sind gesperrt. Nachzulesen sind die Versorgungsstände der einzelnen Arztgruppen unter
www.kvwl.de/arzt/sicherstell/niederlassung/planungsbereiche/index.htm.

Punkt 12.8: Klageverfahren Windkraftanlagen in Velen - Sachstand

Auf Anfrage der Kreistagsabgeordneten Saatkamp sagt Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues eine Darstellung des Sachstandes im Klageverfahren bezüglich der vom Kreis Borken genehmigten Windkraftanlagen in Nordvelen zu (**s. Anlage 3 zur Niederschrift**).

Vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil geben die Kreistagsabgeordneten Horstick und Weikamp noch Terminhinweise. Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen werde vom 26.09. auf den 23.10.2006 um 17 Uhr verschoben, der Rechnungsprüfungsausschuss finde am 30.11.2006 ab 16 Uhr statt.

Landrat Gerd Wiesmann schließt die Sitzung um 20:05 Uhr.

gez.

Gerd Wiesmann

gez.

Kirsten Tenspolde